

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst betrifft knapp zwei Millionen Beschäftigte unmittelbar, darunter ... bei den Kommunen und ... beim Bund. Sie ist damit eine wichtige gesellschaftliche Auseinandersetzung. Die Linke unterstützt die Forderungen der Beschäftigten nach angemessener Bezahlung. Sie ist eine Voraussetzung für die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen. Wir sehen die Tarifrunde auch als eine Chance, auf das eigentliche Problem aufmerksam zu machen: Die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Unterfinanzierung der Kommunen.

Fakten zur Tarifrunde

Die Verhandlungen werden geführt zwischen der Tarifgemeinschaft der Gewerkschaften (ver.di, GEW, GdP und dbb-tarifunion) auf der Arbeitnehmerseite und dem Bundesinnenminister Thomas de Maizière (Verhandlungsführer des Bundes/CDU) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) auf der Arbeitgeberseite.

Zeitplan:

Die Verhandlungen haben am 13. Januar begonnen. Die Arbeitgeberseite hat bisher kein Angebot vorgelegt. Weitere Verhandlungstermine sind für 31. Januar/ 01. Februar und 11./12. Februar festgesetzt. Ver.di hat für Anfang Februar Proteste angekündigt, sollten sich die Arbeitgeber nicht bewegen.

Forderungen:

1. Erhöhung der Entgelte für Beschäftigte, inklusive einer sozialen Komponente; für Auszubildende und Praktikanten 100 Euro; 12 Monate Laufzeit des Tarifvertrages;
2. Anpassung und Weiterentwicklung des Tarifrechts: weitere Angleichung der tarifvertraglichen Regelungen im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West; Wiedereinführung der Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege; Erhöhung des Garantiebetrags bei Höhergruppierungen
3. Verbindliche Übernahme der Auszubildenden für mindestens 24 Monate;
4. Verlängerung des Tarifvertrages zur Altersteilzeit unter Berücksichtigung der gesetzlichen Veränderungen; neue Wege für flexiblen Altersübergang
5. Übertragung der Ergebnisse zu Entgelt und Altersteilzeit auf Beamte/innen des Bundes

Die Gewerkschaften lehnen die Forderungen der Arbeitgeber nach einer stärkeren leistungsbezogenen Bezahlung ab. Sie befürchten, dass mit einer Erhöhung des Leistungsentgeltes nicht ausreichend Volumen der Tarifsteigerung für notwendig allgemeine Tarifsteigerungen übrig bleibt.

Die Arbeitgeberseite lehnt die Forderung der Gewerkschaften im Gesamtvolumen von 5% und die Rückkehr zu Bewährungs- und Tätigkeitsaufstiegen ab und setzt sich für einen Ausbau des Leistungsentgeltes ein, was die Gewerkschaften ablehnen. Sie wollen das Gesamtvolumen für allgemeine Tarifierhöhungen einsetzen.

Qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sind wichtig.

Der öffentliche Dienst ist unverzichtbar für eine solidarische Gesellschaft. Qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sind immer nur so gut wie das Personal, das sie erbringt. Fachliche Kompetenz und angemessene Bezahlung sind dabei entscheidend. In den letzten 10 Jahren ist die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst deutlich hinter der Tarifentwicklung in der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben.

Die Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaften zur Weiterführung der Altersteilzeitregelung und die Übernahmegarantie für Auszubildende hat zudem positive Auswirkungen auf die Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Sie verringert die Überalterung in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes und schafft den Generationenwechsel.

Mit einer Politik der Umverteilung von unten nach oben sollen die Kommunen gezwungen werden, den Sozialabbau der Bundesregierung zu vollziehen. Das ist auch in der aktuellen Auseinandersetzung in der Tarifrunde des öffentlichen Diensts der Fall. Lohnzurückhaltung kann das Problem der unterfinanzierten kommunalen Haushalte nicht lösen. Stattdessen brauchen wir eine Steuerpolitik mit der auch die Finanzbasis der kommunalen Haushalte gestärkt wird.

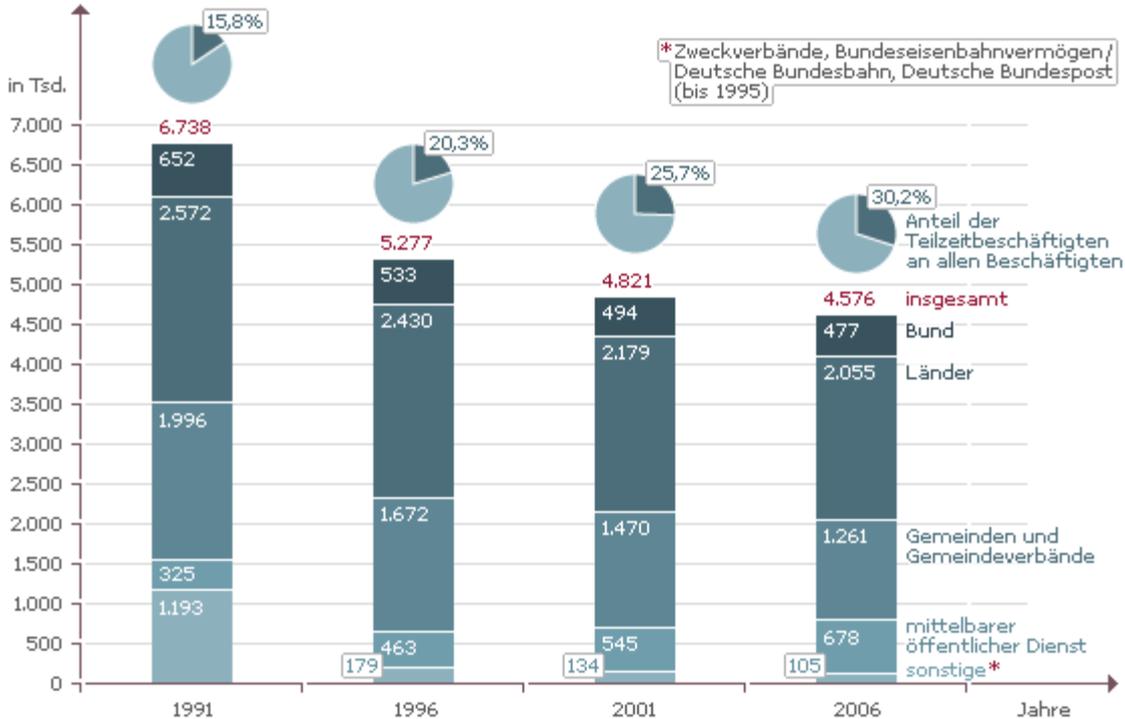
DIE LINKE setzt sich für eine aufgabengerechte und angemessene Finanzierung der Kommunen ein.

Die Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist mehr wert.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erhalten seit Jahren geringere Lohnzuwächse als in der Gesamtwirtschaft. In den letzten 10 Jahren sind die Löhne und Gehälter um 21,4 % angestiegen. Im öffentlichen Dienst waren es nur 17 %. Real mussten die Beschäftigten in den letzten Jahren Kaufkraftverluste hinnehmen – und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in noch stärkerem Maße als der Durchschnitt der Beschäftigten in Deutschland.

■ **Beschäftigte des öffentlichen Dienstes**

In absoluten Zahlen, Anteile der Teilzeitbeschäftigten in Prozent, Stichtag 30.6., 1991 bis 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt: Finanzen und Steuern
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/2.0/de
 Bundeszentrale für politische Bildung, 2007



Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist zwischen 1991 und 2006 um über 2 Millionen Beschäftigte von 6,7 auf 4,6 Millionen abgebaut worden. Das gesamte Beschäftigungsvolumen ist sogar noch wesentlich stärker gesunken, da gleichzeitig Vollzeit- in Teilzeitstellen umgewandelt worden sind. Überall herrscht Personalmangel und die Arbeitsbelastung für die Beschäftigten steigt - zu Lasten ihrer Gesundheit.

Dabei ist die Arbeit der Beschäftigten gesellschaftlich notwendig und oft auch körperlich und psychisch besonders belastend. Viele Berufe im öffentlichen Dienst werden überwiegend von Frauen ausgeübt. Das gilt zum Beispiel für die Arbeit im Gesundheits- und Pflegebereich. Eine höhere Bezahlung dieser Arbeit mit Menschen ist auch ein Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit.

Die Forderungen der Beschäftigten sind nicht maßlos.

Die Forderungen der Gewerkschaften messen sich immer auch an wirtschaftlichen Eckdaten. Die Gewerkschaften erwarten in 2010 Preissteigerungen von ca. 1,2 Prozent und Produktivitätssteigerungen von ca. 1,6 Prozent. Außerdem argumentieren die Gewerkschaften damit, dass die Lebenshaltungskosten der Beschäftigten auch durch politische Weichenstellungen (beispielsweise Zusatzbeiträge für Krankenkassen) gestiegen sind.